

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Montag

15. Juni 1925

Berlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Wahlsieg der Linken in Frankreich.

Der Rechtsblock im Generalrat des Seine-Departements geschlagen.

Paris, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrigen Ergänzungswahlen zum Generalrat des Seine-Departements haben der Linken einen neuen glänzenden Erfolg gebracht. In 21 von den 40 Wahlbezirken sind bereits im ersten Wahlgang gewählt: 5 Sozialisten, 5 unabhängige Sozialisten, 2 Radikalsozialisten, 4 Kommunisten und 5 Nationalblock-Leute. Die Sozialisten gewinnen 3, die „Unabhängigen“ 4, die Kommunisten 3 Sitze, während die Radikalsozialisten ihre bisherige Position behaupten. Die Stichwahlen in 19 Wahlkreisen stehen überall günstig für die Linke, mindestens 16 davon dürften als gesichert betrachtet werden. Damit würde die Linke im Generalrat des Seine-Departements zusammen mit den 33 Sozialisten, Kommunisten und Radikalen des Pariser Gemeinderats über 65 von insgesamt 120 Sitzen verfügen und die nationalistische reaktionäre Mehrheit, die bisher im Groß-Pariser Generalrat dominiert hat, endgültig verdrängt haben.

Auch bei der Gemeindevahl in Meudon, wo acht „Liberalen“ zum Protest gegen die Anordnung der Aufsichtsbehörde auf Errichtung einer Mülleerbringungsanstalt zurückgetreten waren, siegte das Linksbündel und errang so die Mehrheit.

Painlevés Marokkoflug.

Paris, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Painlevé, der gestern Marokko im Flugzeug verlassen hat und die Nacht in Malaga verbrachte, hat vor seiner Abreise von Rabat im französischen Hauptquartier den dort anwesenden Journalisten

längere Erklärungen abgegeben, die deutlich die militärischen Beeinflussungen Painlevés widerspiegeln. Er hat zwar versichert, daß Frankreich eine möglichst rasche Wiederherstellung des Friedens wünsche, hat aber auch zugleich mit großer Schärfe gegen die Propaganda gewisser Parteien zur raschen Beendigung der Feindseligkeiten polemisiert. Er hat auch erklärt, daß er in den nächsten Tagen in der Kammer dazu Stellung nehmen und das Parlament vor die volle Verantwortung stellen werde. Er hat weiterhin mitgeteilt, daß das französische Oberkommando die Absicht habe, mit Spanien im Naf möglichst zusammenzumirken und daß die Waffen nicht eher niedergelegt werden dürfen, bis der vollständige Sieg über Abd el Krim erreicht sei.

Die neue Offensive der Rifabnen.

Madrid, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Truppen Abd el Krims sind seit Sonnabend zu einem allgemeinen Angriff der spanisch-französischen Zone übergegangen. Ihr Ziel scheint zu sein, die spanischen Linien in der Nähe von Benichosmor zu durchbrechen.

Paris, 15. Juni. (WLB.) Gestern abend wurden auf einem der großen Boulevards der Pariser Innenstadt zwei Frauen verhaftet, die kommunistische Flugchriften verteilten. Eine von ihnen ist die Schwägerin des kommunistischen Abg. Doriot. In den Wohnungen der beiden Frauen wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei verschiedene Schriftstücke beschlagnahmt wurden. Nach einem Verhör wurden die beiden Frauen wieder in Freiheit gesetzt. Auch bei dem Abg. Doriot ist eine Hausdurchsuchung abgehalten worden.

Die Taktik der Deutschnationalen.

Durchpeitschung der Zollvorlage — dann Rückzug?

Die politischen Verlegenheiten der Deutschnationalen nehmen zu, je länger sie in der Verantwortung sind. Die Rede Hergts in Görtz, die Reden des Ministers Schiele und des Abg. Schlange-Schönningen im Reichstag sind Zeugnis und Ausschuß ihrer Verlegenheiten.

Am Sonnabend deutete deshalb die Hugenberg-Presse bereits an, daß die Pläne der Deutschnationalen in der Zollfrage, der Steuerfrage, der Aufwertungsfrage wenig Aussicht auf Verwirklichung hätten. Sie ließ eine Regierungskrise im Hintergrund erscheinen. Gegen diese Andeutungen wendet sich Graf Westarp, der deutschnationale Fraktionsführer, in einem offiziellen Artikel in der deutschnationalen Presse, der nach verschiedenen Richtungen hin interessant ist. Dieser Artikel, wird auch vom „Lokal-Anzeiger“ und vom „Tag“ abgedruckt, obgleich er sich gerade gegen diese Zeitungen unter ausdrücklicher Nennung mit folgenden Sätzen wendet:

„Bei dieser Sachlage ist es nicht recht verständlich und jedenfalls dem Zwecke nicht dienlich, wenn er durch Darstellungen, die der tatsächlichen Unterlage entbehren, Krisen, Gerüchte und Krisenstimmungen hervorgerufen werden. Selbstverständlich wird das von der Linkspresse mit Wärme aufgenommen.“

Freilich haben die gerüffelten Zeitungen schamhaft den Eingang des Artikels verändert, statt der Worte: „Im „Lokal-Anzeiger“ und im „Tag“ werden Ausführungen gemacht“ haben sie die Worte: „In rechtsgerichteten Zeitungen“ eingeleitet.

Der Artikel des Grafen Westarp stellt fest, es sei der feste Wille von Regierung und Regierungsparteien, die Zollvorlage, das Aufwertungskompromiß und die Steuerreform bis zum 18. Juli durchzuführen:

„Aus diesen Gründen sind Regierung und Reichstagsmehrheit entschlossen, bis Mitte Julidas Werk zu vollenden. Wo ein Wille ist, findet sich der Weg. Er ist mit Entschlossenheit bekräftigt durch Aufstellung eines genau bestimmten zeitlichen Planes für das Plenum und die Ausschüsse.“

Die Verfassungsfragen schiebt Westarp als spätere Sorgen in die zweite Linie. Zum Schluß heißt es in diesem Artikel:

„Auswärtige Ereignisse, insbesondere der Eingang der Antwortnote wegen des Sicherheitspakt, können selbstverständlich dazu angetan sein, nicht nur für den Arbeitsplan, sondern auch für den Zusammenhalt der Parteien Gefahren heraufzubefördern. Das bleibt abzuwarten. Inzwischen aber kommt gerade um der Wichtigkeit der auswärtigen Fragen willen alles darauf an, die sachlichen innerpolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben mit aller Kraft zu fördern und den Zusammenschluß der Parteien, des Kabinetts fügen, jedenfalls durch sachlich nicht begründete Krisengerüchte oder Schwierigkeiten untergeordneter Art nicht zu stören.“

Die Taktik der Deutschnationalen läuft demnach auf folgendes hinaus: Durchpeitschung des Brotwinners und der unsozialen Steuerreform nach einem zeitlich genau festgelegten Plane — dann Rückzug aus der Verantwortung, Flucht vor der Übernahme außenpolitischer Verantwortlichkeit.

Indessen hat der „genau bestimmte zeitliche Plan für das Plenum und die Ausschüsse“ vorher acht gelassen, daß es sich bei der Erledigung der Zollvorlage nicht um die Ausführung einer bürokratischen Aufgabe, sondern um die Durchführung eines politischen Kampfes handelt, an dem die ganze Öffentlichkeit beteiligt ist. Nicht nur die Regierung, sondern auch

die Opposition bestimmt das Tempo der Erledigung der Zollvorlage. Und die Opposition wächst immer mehr! Gestern schrieb die „Frankfurter Zeitung“ über die Beschlüsse des Zollausschusses des Reichswirtschaftsrats:

„Für die Regierung, die ihrer Vorlage selbst nur eine sehr mangelhafte, beinahe diktatorische Begründung beizugeben mußte, ist das Botum des Zollausschusses eine verdiente Zurückweisung. Es desavouierte die Regierung vor allem auch bei ihrem Bemühen, die Zollnovelle im Reichstag ohne gründliche Beratung durchzusetzen. Das Vorgehen der Regierung in dieser Beziehung muß überhaupt den öffentlichen Widerspruch herausfordern. Der Reichskanzler hat gestern mit den Führern der Regierungsparteien über die parlamentarische Behandlung der Zollvorlage verhandelt und mit ihnen Abmachungen getroffen, ohne daß man es für nötig gehalten hätte, das Präsidium des Reichstags hinzuzuziehen. Erst heute ist dem Präsidium bekannt geworden, daß die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien am 22. Juni die Zollvorlage in erster Lesung im Plenum beraten wollen, nachdem der Reichsrat am 18. Juni darüber Beschluß gefaßt haben wird. Dann will man die Vorlage in den Ausschuß verweisen und dort soll sie wo möglich über's Knie gebrochen werden, damit Mitte Juli die letzte abschließende Beratung im Plenum stattfinden kann. Die Opposition ist also diesen Verhandlungen und Abmachungen ferngehalten worden; sie wird jetzt aus dem Botum des Reichswirtschaftsrats eine neue Waffe gegen die geschäftige Eile der Regierung schmieden können, sie wird vor allem den Anhängern des Hochschutzes klarmachen müssen, daß, wenn nicht einmal die Sachverständigen des Reichswirtschaftsrats zu einem positiven Botum kommen konnten, um so weniger dem Reichstag zugemutet werden kann, die ganze Frage schon als ausreichend geklärt zu betrachten und Hats über Kopf Beschlüsse von unübersehbarer Tragweite zu fassen. Aus der ganzen Sachlage ergibt sich also zwingend die Notwendigkeit, daß auch im Reichstag die Novelle aufs sorgfältigste nach allen Seiten hin geprüft wird und daß namentlich die Frage der Getreidezölle endlich der grundsätzlichen Untersuchung unterworfen wird, die man bisher vermieden hat. Der Antrag Kurrell, an den in diesem Zusammenhang immer wieder erinnert werden muß, zeigt dafür den richtigen Weg; in der wissenschaftlichen Enquete. Die Regierung und ihre parlamentarische Gefolgschaft kann und darf es nicht verantworten, eine Frage von so eminenter Wichtigkeit wie die Zollfrage im Schnellzugstempo durch die gesetzgebenden Instanzen zu pressen, ohne daß das Für und Wider gründlich erörtert worden ist.“

Der taktische Plan der Deutschnationalen wird also trotz des zeitlich genau bestimmten Planes und trotz der Mahnungen des Einpeitschers Westarp nicht nur auf Vermulde, sondern auf sichere Schwierigkeiten stoßen. Das fehlt noch, daß die Deutschnationalen sich in der Regierung erst den Säckel füllen, um sich dann von der Verantwortung zu drücken!

Antrag auf Wirtschaftsbeihilfe.

Für die Beamten der Gruppen 1-6.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat einen Antrag eingebracht, wonach das Staatsministerium beauftragt werden soll, bei der Reichsregierung zu beantragen, daß die Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 6 bis zum 1. Juli 1925 eine einmalige außergewöhnliche Wirtschaftsbeihilfe von 100 M. erhalten.

Zu Beginn der heutigen Landtagsitzung forderte Genosse Müller-Hannover, diesen Antrag sofort dem Beamtenauschuß zu überweisen. Das Haus trat dieser Forderung bei und so ist die Möglichkeit gegeben, den Antrag zugunsten der unteren Beamten noch vor den Ferien zu erledigen.

Die neue Sowjetverfassung.

Deklarationen und Realitäten.

Von Paul Olberg.

Der XII. Allrussische Sowjetkongreß hat auf seiner letzten Tagung vom Mai eine neue Verfassung angenommen. Offiziell wird sie als eine Bestätigung der alten Verfassung vom 10. Juli 1918 ausgelegt. Und nicht ohne Grund. Denn zum großen Teil wiederholt sie die Bestimmungen der alten Verfassung. Sie ist auch vollkommen im Geiste der ersten Verfassung des Sowjetstaates abgefaßt.

Getreu der revolutionären Phrasologie der kommunistischen Partei, erklärt die Verfassung, daß ihre Aufgabe in der Sicherung der Diktatur des Proletariats bestehe zwecks Vernichtung der Bourgeoisie, Beseitigung der Ausbeutung des einen Menschen durch den anderen und Errichtung des Kommunismus, in dem es wieder eine Einteilung in Klassen, noch eine Staatsgewalt geben wird.

Die moderne russische Staatsform wird von der Verfassung als eine sozialistische Republik der Arbeiter und Bauern definiert. In der alten Verfassung hieß es: eine freie sozialistische Gesellschaft der wertaktigen Bevölkerung Rußlands. Es braucht hier nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß beide Definitionen des vom Krim geübten Diktaturregimentes mit dem sozialistischen Staatsbegriff wenig zu tun haben.

Genau gibt die neue Verfassung die alten Bestimmungen über die politischen und kulturellen „Freiheiten“ wieder, die der Sowjetstaat den „Arbeitenden sichert“. Abermals wird feierlich verkündet, daß jegliche Unterdrückung der nationalen Minderheiten oder Einschränkung ihres Selbstbestimmungsrechts unzulässig sei. Ferner wird bestätigt, daß „die Arbeit eine Pflicht aller Bürger der Republik ist“. „Das Ehrenrecht, die Revolution mit der Waffe in der Hand zu schützen“, steht, wie vorher, „nur den arbeitenden Massen zu“.

Die neue Verfassung bestätigt den Grundhof, daß der Grund und Boden, sämtliche Wälder, Gruben, Gewässer, ebenso die Fabriken und Werke, sowie sämtliche Verkehrsmittel Eigentum des Sowjetstaates seien.

So die Verfassung. Wie sind die realen Verhältnisse? Seit dem Oktoberumsturz von 1917 hat Rußland eine gewaltige Entwicklung durchgemacht. Fast alle Wirtschaftskreise, sowie die meisten Rechtsverhältnisse haben in den letzten Jahren durch die Evolution wesentliche Veränderungen erfahren. Ein ganzer geschichtlicher, wenn auch ruhmvoller Abschnitt, der sogenannte „Kriegskommunismus“, ist liquidiert worden. Wieder geben die Grundzüge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer mehr den Ausschlag. Selbst in der Befehlsgewalt, sowie in der praktischen Politik wird dieser Prozeß zum Ausdruck gebracht. So z. B. ist die Sowjet-Agrargesetzgebung seit 1920 ganz vom Geiste des Privatkapitalismus durchdrungen. Das in Sowjetrußland geltende Nutzungsrecht auf Grund und Boden für ewige Zeiten ist tatsächlich nichts anderes, als Privateigentum. Darüber gibt es weder unter den namhaften russischen Rechtsgelehrten, noch unter den Agrarpolitikern eine Meinungsverschiedenheit. Es ist bezeichnend, daß ungefähr zur selben Zeit, wo die Verfassung über den „kommunistischen Staat“ dem Sowjetkongreß vorgelegt wurde, mehrere Novellen privatkapitalistischer Natur bekanntgemacht worden sind: die bisherigen Einschränkungen der Lohnarbeit, auf dem flachen Lande sind aufgehoben worden; das Verpachtungserbe ist erheblich ausgedehnt worden. Ebenso kann man heute nur mit großem Vorbehalt von einer nationalisierten russischen Industrie im Sinne der Verfassung sprechen, denn die Befehlsgewalt überläßt dem Privatkapital in der Stadt ein ziemlich ausgedehntes Betätigungsfeld. Und wiederum sind gerade zur Zeit der Veröffentlichung der Verfassung der Hausindustrie und dem Privathandel neue Rechte eingeräumt worden.

Dieser ganzen Entwicklung wollen die allgemeinen Bestimmungen der neuen Verfassung keine Rechnung tragen.

Wodurch die neue Verfassung sich von der alten unterscheidet, ist das, daß sie eine Reihe von Bestimmungen ihrer Vorgängerin nicht enthält. Nicht aufgenommen sind u. a. die Bestimmungen über die sogenannte Arbeiterkontrolle und über die Annullierung der ausländischen Staatsschulden. Daß die Sowjetregierung auf die peinliche Frage der Staatsschulden nicht zurückkommen will zu einer Zeit, wo sie sich um neue Kredite bemüht, ist begreiflich. Merkwürdig ist aber für einen Staat, der sich als kommunistisch ausgibt, daß er keine Betriebsräte anerkennen will. In dieser Frage steht die Verfassung, wie man zu sagen pflegt, auf dem Boden der vollzogenen Tatsachen.

Sehr bezeichnend ist, daß die neue Verfassung, die viel Nebensächliches enthält, mit keinem Wort erwähnt, daß der Außenhandel ein Staatsmonopol ist. Indes betrachtet die Sowjetgewalt den Außenhandel als eine wichtige wirtschaftliche Stütze des Diktaturregimentes.

Selbstverständlich muß, nach der neuen Verfassung, die Diktaturherrschschaft unantastbar bleiben. Alle Macht den Arbeiterräten“, so wird der alte kategorische Imperativ bestätigt. Es erübrigt sich, darauf einzugehen, daß dieser Grundsatz in hohem Grade eine Fiktion ist; denn in Wirklichkeit liegt alle Macht in den Händen des politischen Bureau (Politbureau), des Vorstandes der kommunistischen Partei Rußlands. Die Verfassung entzieht ganzen Volksschichten das Wahlrecht. Wie zuvor, dürfen u. a. folgende soziale Kategorien weder wählen noch gewählt werden: Personen, die um Gewinnes willen, Lohnarbeit in Anspruch nehmen, Per-

lonen, die von Einnahmen leben, die nicht der Arbeit entsprechen, wie z. B. Zinsen vom Kapital, Einnahmen aus Unternehmungen, Einkünfte von Vermögen und dergleichen; Privatbankier, Handels- und kaufmännische Vermittler.

Diese Bestimmungen mit der jüngsten, oben gestreiften Wirtschaftspolitik im Sinne des Privatkapitalismus zu vereinigen, wird nicht leicht sein. Es ist z. B. ein politisches Hindernis, Lohnarbeit auf dem flachen Lande als eine Institution gesetzlich anzuerkennen und zugleich breite Bauernschichten (nach sowjetfamilialen Angaben etwa ein Drittel der Bauernschaft), die von dieser Institution Gebrauch machen, politisch zu entrechten. In der Praxis wird die entsprechende Bestimmung ein frommer Wunsch bleiben. Da die gegenwärtige russische Agrarpolitik die Aufgabe verfolgt, die Interessen der wohlhabenden Bauernschaft zu begünstigen, wie es Rykoff, Kameneff, Bucharin und andere maßgebende Sowjetpolitiker offen ausgesprochen haben, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Sowjetregierung durch besondere Verordnungen das Wahlrecht der Bauernschaft immer mehr ausdehnen wird. Uebrigens hat sie zum Teil diesen Weg schon beschritten.

Getreu der Tradition des Sowjetstaates, erkennt die neue Verfassung die Grundzüge der Demokratie und des Rechtsstaates nicht im geringsten an. Die Verfassung steht im schärfsten Widerspruch nicht nur zu der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, sondern selbst zu der Sowjetgesetzgebung, die notgedrungen mehr oder weniger, nämlich auf dem wirtschaftlichen Gebiete, den realen Verhältnissen Rechnung trägt. Man kann daher die neue Sowjetverfassung eher als ein Propagandadokument, denn als ein Grundgesetz bezeichnen.

Landarbeiterverband und Agrarzoll.

Vorschläge der Organisation zur Sanierung der Landwirtschaft.

In der neuesten Nummer des „Landarbeiter“, Organ des Deutschen Landarbeiterverbandes, werden kurz die Gründe zusammengestellt, welche die Organisation dazu bestimmen, den Agrarzoll abzulehnen. Gleichzeitig läßt man sich darüber aus, welche Wege nach der Auffassung der freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter gegangen werden müssen, um zu einer Sanierung der deutschen Landwirtschaft zu kommen. Ueber die Ablehnung des Agrarzolles wird gesagt:

„Wir lehnen die Einführung des Schutzzolles mit aller Entschiedenheit ab, weil wir tiefempfänglich davon überzeugt sind, daß er zu einer Verteuerung der Lebenshaltung und durch die hierdurch logischerweise notwendig werdenden Lohnserhöhungen zu einer Verteuerung aller Industrieprodukte führen muß. Eine Verteuerung der Lebenshaltung und der Industrieprodukte führt aber zu einer Abschwächung der Kaufkraft der breiten Masse und wegen der Herabminderung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu einer beträchtlichen Benachteiligung, wenn nicht zu einer harten Unterbindung unserer für die Volkswirtschaft so dringend notwendigen Exporttätigkeit. Desmiert sich die Kaufkraft der breiten Masse und wird die Exporttätigkeit unterbunden, entstehen Armutsercheinungen auf dem Weltmarkt und in Verbindung damit eine in ihrem Ausmaße nicht abzuschätzende Arbeitslosigkeit. Die durch Schutzzölle gestärkte Kaufkraft der Landwirtschaft wird dieses Minus nicht wettmachen können.“

Das Programm der Landarbeiter zur Sanierung der Landwirtschaft sieht so aus:

1. In einer gesunden Wirtschaftsführung in der Landwirtschaft gehört in erster Linie die Notwendigkeit, die landwirtschaftlichen Betriebs- und Produktionsmittel preiswert erhalten zu können. Das ist gegenwärtig nicht der Fall, weil die Industrie ihre Erzeugnisse mit Antikulationspreisen berechnet, die jeder Berechnung entbehren. Deswegen ist anzukämpfen gegen die jetzige Preispolitik der Industrie und zu verlangen, daß sich die Industriellen auf den früher geltenden kaufmännischen Grundsatzen befinden, der da heißt: „Großer Umsatz...

kleiner Nutzen.“ Neben dem Kampf gegen die gegenwärtige Preispolitik ist auch allen Bemühungen und Versuchen zu widerstehen, Industriezölle aus eigenem Willen und ohne daß ein Zwang vorliegt, zur Einführung zu bringen.

2. Es ist einer gesunden Lohnpolitik mit dem Ziel zuzustreben, die Kaufkraft der Massen zu steigern. Die stärkere Kaufkraft der breiten Masse wird und muß auch der Landwirtschaft mancherlei Nutzen bringen.

3. Es ist tatkräftig dahin zu wirken, daß der Landwirtschaft alle erdenklichen Vergünstigungen und Erleichterungen in der Gewährung und Beschaffung von Krediten eingeräumt werden. Auf dem vom Reichsernährungsministerium mit der Beschaffung von Landmaschinen auf Kredit beschrittenen Wege ist weiter fortzuschreiten.

4. Die landwirtschaftlichen Produkte sind auf kürzestem Wege und unter weitestmöglicher Ausschaltung des Zwischenhandels den Verbrauchertreibern zuzuführen. Der genossenschaftliche Warenumsatz ist in stärkerem Maße zu fördern und zu pflegen.

5. Es ist eine Betriebsführung anzustreben, die sich alle Ergebnisse der betriebswissenschaftlichen Forschung und alle Errungenschaften der Technik zu eigen macht. Besonders schwebt uns ein stärkeres Streben nach Mechanisierung des landwirtschaftlichen Betriebes und der Vermehrung künstlicher Düngestoffe, mit denen bereits glänzende Erfolge erzielt worden sind, vor.

Objektiv denkende Leute werden uns Recht geben müssen, wenn wir sagen, die Stellungnahme des Deutschen Landarbeiterverbandes, der die größte deutsche Landarbeiterorganisation darstellt, verdient erstklassige Beachtung und verbietet es, auch hier wieder den gleichgültigen Standpunkt einzunehmen, mit dem man anderen Vorschlägen und Einwänden bereits begegnet ist.

Die Füchse im Eisen.

Dr. Best gegen deutschnationale Ablenkungsversuche.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat geglaubt, die Enthüllungen Dr. Bests über die frivole Demagogie und die parlamentarische Korruption in dieser Fraktion mit den Behauptungen abtan zu können, daß die Behauptungen Dr. Bests unwahr seien.

Gegenüber diesem Ablenkungsversuch stellt Dr. Best folgendes fest:

„Zu der Darstellung, die ich unter der Überschrift „Mein Reichstagsmandat“ in der Wochenchrift „Der Sport“ und in anderen Wochenchriften und Tageszeitungen gegeben habe, veröffentlicht die deutschnationale Reichstagsfraktion in Nr. 132 der „Nationalpost“ vom 10. Juni 1925 folgende Erklärung:

Die Behauptung, leitende Männer der Fraktion hätten ausgesprochen, daß Wahlversprechungen bedeutungslos seien und jedenfalls hinter höheren Staatserwägungen zurückzutreten hätten, ist unwahr.

Mit aller Entschiedenheit muß die hollöche Unterstellung zurückgewiesen werden, als ob egoistische Vermögensinteressen für die Haltung einzelner Fraktionmitglieder maßgebend gewesen seien. Deutschnationale Gesinnung ist es, allein sachliche Gründe und die Staatsnotwendigkeit für die Entscheidungen maßgebend sein zu lassen.

Dazu erkläre ich:

Ich halte die bestrittenen Erklärungen meiner Lebensführung in vollem Umfange aufrecht und werde, falls sie weiter bestritten werden sollen, die Namen der Beteiligten und die Zeugen und die sonstigen Beweise für die Richtigkeit meiner Angaben veröffentlichen.“

Wie nehmen an, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion schweigen wird. Aber Schweigen wird auch eine Antwort sein — ein Geständnis.

Preußentum und Industriekapital.

Wechsel in der „Kreuzzeitung“.

Die „Niederdeutsche Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift ihres Berliner UZ-Vertreters, in der behauptet wird, der bekannte „Großindustrielle“ Arnold Rech-

berg habe den Verlag der „Kreuzzeitung“ übernommen:

Die „Kreuzzeitung“ wird hiernach ein Organ des internationalen — in der Hauptsache jüdischen — Finanzkonzerns. Es ist ein beachtenswertes Zeichen der Zeit und zeugt zugleich von den Anstrengungen, die zur Verwirklichung der französischen Hegemonie auf dem Kontinent zurzeit in Deutschland gemacht werden. Der künftige Hauptredakteur der Reichsbürgerlichen „Kreuzzeitung“ gehörte bisher zum Stabe der Scherzblätter. Es bedarf in diesem Zusammenhang wohl keiner Erörterung der Frage, aus welchen Quellen die Finanzierung des Blattes erfolgt.

Die Redaktion ist geeignet, das größte Aufsehen zu erregen. Gewiß ist es nicht Neues, die Deutschnationalen im Lager der Erfüllungspolitik zu finden. Das Angebot des Garantiepakts ist pazifistisch, als die Außenpolitik des vorhergehenden weniger rechts gerichteten Kabinetts, und auch in der Frage der Entlassungsnote vertritt die Deutschnationale Partei eine auffallende zurückhaltende Linie. Zieht man weiter in Betracht, daß sie entgegen den Wünschen des Innenministers Schiele in der Frage der Erfüllungspolitik und Verfassungsfrage den vollen Rückzug angeht, so liegt die Vermutung nahe, daß sich in der Deutschnationalen Partei eine grundlegende Wandlung vollzieht. Daß diese Veränderungen aber so weit gehen, daß man die „Kreuzzeitung“ einem — wie sich die „Niederdeutsche Zeitung“ ausdrückt — jüdischen Finanzkonzern und den Herren vom „Lokal-Anzeiger“ ausliefert, muß doch überraschen.

Es nimmt deswegen nicht Wunder, wenn die Deutschnationale Partei es sehr eilig damit hat, alle Gerüchte über eine Aenderung der Richtung der „Kreuzzeitung“ zu demontieren. Sie bemüht eigens den Grafen Westarp für diesen Zweck. Es wird abzuwarten sein, was von diesem Dementi zu halten ist, daß heute bereits zugegeben wird, daß die Kreuzzeitung O. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von vorläufig 1 Million Reichsmark umgewandelt worden ist. Der Fall Best läßt deutschnationalen Widerrufern gegenüber Vorsicht am Platze erscheinen.

Zollkampf mit Polen.

Die Preis-, innerhalb der die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen noch durch das Benfer Abkommen geregelt wurden, ist mit der vergangenen Nacht abgeschlossen; die Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages, die bereits seit Anfang März geführt werden, verliefen bisher erfolglos. Infolgedessen besteht zwischen Deutschland und Polen jetzt eine handelspolitische Regelung nicht mehr. Beide Staaten bringen gegeneinander die höchsten Zollsätze zur Anwendung. Damit hat sich die handelspolitische Situation wesentlich zugespitzt. Eine gewisse Menge von Rohstoffen kann im Monat Juni noch aus Polen eingeführt werden, bis das bisher noch nicht ausgenutzte Kontingent erfüllt ist. Dann wird die deutsch-polnische Grenze für die Kohleneinfuhr endgültig gesperrt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß beide Staaten von dem Kampfzustand auf die Dauer schwere Nachteile zu gewärtigen haben, und es bleibt dringend erwünscht, daß man die noch bestehenden Verhandlungsmöglichkeiten ausnützt, um zu einer Verständigung zu gelangen.

Deutschösterreichs Anschlußwille.

Ausgebung des republikanischen Schutzbundes.

Wien, 13. Juni (Eigener Drahtbericht.) In der alten niederösterreichischen Stadt St. Pölten fand unter Teilnahme vieler Tausender Parteigänger aus allen Bundesländern eine Kundgebung des Republikanischen Schutzbundes statt. Die Kundgebung für die Republik, die sozialen Erzeugnisse und für den Anschluß an Deutschland gestaltete. Generalsekretär Runzemann sprach unter stürmischem Beifall im Namen und Auftrag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Studenten einst und jetzt!

Wie alljährlich, so haben sich auch in diesem Jahre zu Pfingsten die Vertreter der studentischen Verbindungen, die in der „Deutschen Burschenschaft“ zusammengeschlossen sind, in Eisenach und der Wartburg zu einer Tagung versammelt. Diesmal ist eine lange Resolution gefaßt, die den Mitgliedern der Burschenschaft die Zugehörigkeit zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold verbietet und davon spricht, daß dieses Reichsbanner sich die alten burschenschaftlichen Farben „angemahnt“ habe, die demnach „die Sehnsucht nach dem deutschen Kaiserthum“ verkörpern.

Man könnte mit einem Achselzucken über derartige Beschlüsse hinweggehen, wenn sie nicht für die Einstellung der Schicht, die die künftigen Richter, Verwaltungsbeamten und Lehrer zu liefern hat, zum republikanischen Staat bezeichnend wäre. Diese Studenten sollen nach einigen Jahren die Vertreter und Beamten des Staates sein, den sie heute bekämpfen, zu dem sich zu bekennen sie ihren Angehörigen verbieten. Hier liegt ein sehr wichtiges Problem, das zu erörtern jedoch nicht Zweck dieser Zeilen ist. Hier soll vielmehr gezeigt werden, daß diese Studenten nicht einmal die Geschichte ihrer eigenen Organisation kennen — bemühte Geschichtsforschung wollen wir nicht annehmen —, wenn sie Behauptungen, wie die obigen in die Öffentlichkeit polen.

Die „Deutsche Burschenschaft“ wurde bekanntlich auf der Wartburg im Jahre 1817 gegründet und stand von Anfang an im heftigen Kampfe gegen die Reaktion des damals in viele Kleinstaatlein zerfallenden Deutschlands. Und die Verfolgungen, die gegen die Burschenschaftler in ganz Deutschland von der Bundeszentralbehörde wegen „Hochverrats“ eifrig betrieben wurden — man denke an Frey Reuters —, zeugen eigentlich nicht von monarchistischen Bestrebungen.

In den Pfingsttagen des Jahres 1848 berief die Deutsche Burschenschaft wiederum eine allgemein-studentische Tagung auf die Wartburg, die von Vertretern sämtlicher deutschen Universitäten besucht wurde. Außerdem strömten aus allen Gauen Deutschlands die Studenten nach Eisenach, die Zahl der Teilnehmer an der Kundgebung wird auf circa 1500 angegeben. Was forderten nun diese natürlich unter der schwarzrotgoldenen Fahne tagenden Studentenversammlungen? Es verlohnt sich, die dort beschlossenen Forderungen der Burschenschaft zu erörtern, sie den „Nachfahren“ der damaligen Burschenschaftler gründlich unter die Nase zu reiben. Man verlange unter anderem in einer Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung: „Zur Erlangung eines Staatsamtes soll Unberuflichkeit nicht mehr erforderlich sein.“ — Ferner: „Der Besuch der Universitäten möge jedem gestattet sein, der sich auf denselben ausbilden will.“ — Wie klingen diese Forderungen, die fast einstimmig angenommen wurden, in den Ohren der blühungsstolzen, nach „Nachfahren“ strebenden heutigen Studenten in Band und Mühe?

Auch die damalige Eisenacher Tagung trat mit einer Kundgebung an die studentische Öffentlichkeit. Auch hier ist der Inhalt durchaus politisch gehalten. Aber was ein Unterschied! Damals ein freies Bekenntnis zu der revolutionären Bewegung der über Jahre, ein durchaus der Zukunft gewidmetes Wollen und

Streben — heute ein tägliches Festhalten am Vergangenen, ein Abschließen von den Massen des Volkes, ja, ein gewollter, bemühter Gegensatz dazu. Nur einige Sätze aus dieser burschenschaftlichen Kundgebung des Märzjahres. „Durch die großen Stürme politischer Begebenheiten, die das deutsche Volk aufrüttelten aus seinem dreißigjährigen Schlaf, hat auch die deutsche Studentenschaft sich erhoben, ihren mittelalterlichen Romantismus über Bord zu werfen. Kommissionen! Die Resolutionen dieses Jahres haben die Verhältnisse aller Stände bis ins Tiefste erschüttert, auch die des unserigen; die Revolution ist die Mutter unserer studentischen Reform.“ Was uns leitet bei allen unseren Beratungen... es ist der große Gedanke, der die ganze politische Welt bewegt: Ein freies einiges Deutschland.“ In den Debatten über diese Adressen wurden Reden voll glühender Begeisterung für die damalige revolutionäre Bewegung gehalten, ein Teil der Verlesung hielt „die Einrichtung einer obersten Fürstengewalt im Gesamtstaate für einen Verrat an der vom Volke befohlenen Volkshoheit“, man beteuerte die Entschlossenheit, „der unermesslichen Freiheit und Souveränität des deutschen Volkes in ihren äußersten Konsequenzen unser Schwert, unser Blut und die Waffen des Geistes unser Leben lang unter allen Beschläßen des Geschickes zu weihen“. Und daß jene Studenten zu ihren Worten auch mit ihren Taten standen, das beweisen sie bald darauf in den Kämpfen mit den Truppen der Reaktion in Wien, in Dresden, in Baden, überall standen und fielen von den Barrikaden Studenten, wurden Studenten standrechtlich erschossen, mußten sich Studenten vor den Schergen der Reaktion ins Ausland flüchten.

Das alles leugnen die heutigen Träger des schwarzrotgoldenen Burschenschaftsbundes. Sie vergessen, was allein ein Ruhmesdiadem der Studentenbewegung genannt zu werden verdient. Nichts ist bezeichnender als das ängstliche Verhüllen ehrenvoller Vergangenheit durch diese akademische Jugend, die ihr Heil in Reaktion, Hakenkreuz und Ludendorff sieht. Wir können ihr ihr Vergnügen nicht rauben — aber während die deutsche Arbeiterchaft den Studenten von 1848 nach heute ein ehrenvolles Andenken wahrt, wird sie den jetzt in Eisenach vertretenen ehemaligen Studenten das entgegenbringen, was einst die Wartburgstudenten für Leute solcher Bestimmung empfanden: Verachtung!

Drei Kohlköpfe.

Von Erna Büding.

Sie liegen, krummen vieler Gemütsorten, in Treus vereint auf dem Karren, die drei Kohlköpfe. Sie entstammen demselben Boden, haben gemeinsam den Abschied von der nahrungreichen Scholle und die quälende Fahrt in die Weltstadt durangemacht und gehen nun gesondert ihren Weg. Das ist eben das Schicksal aller Kohlköpfe.

Ein Automobil, elegant im Bau, mit rotseiden verhängenen Fenstern, wird durch das Halbzischen eines Schuhmanns in der Nähe des Gemüsetarrens angehalten. Das Lachen trunkenen Menschen bringt aus dem Wageninnern. Plötzlich öffnet sich die Tür, ein nackter Frauenarm wird sichtbar und polterte Fingerringel greifen schnell nach einem Kohlkopf. Unbemert von den lärmenden Jahr-

gästen, wird er in den Wagen gezogen. Und als das Automobil wieder anfährt, hält Bubi, der soeben noch nachlässig mit einem verwehten Fliederstrauch spielte, einen Kohlkopf auf dem Schoß. Die Wageninsassen grüßen. Entzückt läßt Bubi seine süße Maus und löst beiseite: „Ja, ja, hab' ich's nicht immer gesagt, das kleine Fräuleinchen ist wirklich originell.“

Eine abgearbeitete Frau, die nach langem Anstehen auf der Freibank Fleisch gekauft hat, geht an der Karre vorbei. Sie sieht den prächtigen Kohl und hemmt den Schritt. Im selben Augenblick fällt ihr ein, daß sie keinen Pfennig Geld in der Tasche hat. Doch ihre Augen können sich gar nicht von dem Kohl losreißen und — Hungerige haben oft so sonderbare Schwächezustände. Sie weiß nur, ihr Kind ist krank, sie ist arbeitslos, und Menschen, die helfen, gibt es bloß in Romanen. Ihre Hände umkrampfen einen Kohlkopf. Das sieht eine hässliche Nachbarin und deren Plan ist fertig. Sie wird die Diebin zur Anzeige bringen. Es ist zwar einfacher Rundraub, begangen in augenblicklicher Geistesverwirrung, aber, das Recht hat verbundene Augen, wer weiß, ob nicht gründlich prüfender, scharfsichtiger menschlicher Geist einen Diebstahl mit Ueberlegung konstruiert?

Wenn man jeden Tag eine Stunde vor Sonnenaufgang aufstehen muß, liegt ein gewisses Frieren im Körper. Darum trinkt auch der Gemüsehändler, dem der Karren gehört, jeden morgen ein paar weiße Schnäpse. Als er diesmal zurückkehrt, bemerkt sein gelühtes Auge die Läden auf dem Karren und er murmelt: „Zwei Kohlköpfe sind geklaut.“

Da tritt eine Frau, die noch schnell, bevor sie ins Geschäft geht, ihre Einkäufe besorgen muß, an den Karren. Sie wählt den übriggebliebenen Kohlkopf und zahlt — den regulären Preis für die drei Kohlköpfe.

Alles schon dagewesen! Auch die Aufmerksamkeit der Schulden auf 15 Proz. ihres Nennwertes hat ihren Vorläufer bereits im 13. Jahrhundert. Der ehrfame deutsche Kaiser Wenzeslaus erließ damals eine Verordnung, daß alle Schulden getilgt seien, wenn ihm, dem Kaiser, 15 Proz. dafür entrichtet würden. Zeitgemäß beschränkte er das Geltungsbereich seiner Verordnung auf die Schuldverträge, welche Juden an Christen hatten. Und das waren damals die meisten.

Eine für den Bergbau wichtige Erfindung hat ein Oelsenkirchener Bergmann gemacht. Es ist ihm gelungen, einen Apparat zu konstruieren, durch den die Nachschwaden nach einer Explosion vernichtet werden können. Der Apparat arbeitet mit Preßluft. Er kann in jeden Stollen eingebaut werden, und die von den Nachschwaden betroffenen Bergleute können ihn selbst in Tätigkeit setzen. Der Apparat erregt in Anbetracht der neuerlichen Bergwerkskatastrophen besonderes Interesse.

„Der trunksch Schiff“, eine identische Komödie von Paul Zsch, wurde von Direktor Fritz Goll für die Volkstheater Berlin zur Uraufführung angenommen. Die Uraufführung des Bühnenstücks ist im Schauspielverlag in Leipzig erschienen, der auch die neuesten dramatischen Werke des Dichters „Der Turm“ und „Erde“ in seinen Bühnenvertrieb aufgenommen hat.

Die Bevölkerung Petersbergs betrug nach Angaben des Statistischen Bureau am 1. Juni 1 230 600 Köpfe.

Die verfilmten Wohnstättengelder.

Der Prozeß gegen die Leiter der Wohnstätten- und Trianon-Film-Gesellschaft.
B. G. Vor dem erweiterten Schöffengericht Mitte, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Jasper, begann heute im kleinen Schwurgerichtssaal die Hauptverhandlung gegen die Leiter der aus staatlichen Mitteln geflossenen Wohnstätten-G. m. b. H. und die Leiter der Trianon-Film-Gesellschaft, an die die erstere Gruppe der Angeklagten Kredite gegeben haben, so daß ein Schaden von 3,6 Millionen Mark aus öffentlichen Geldern entstanden ist. Angeklagt sind Geh. Reg.-Rat Dr. Otto Glas, Regierungsrat Friedrich Benzel (Schwiegerjohn Schieles, des Reichsinnenministers), Regierungsrat Erich Breitschneider, als verantwortlicher Leiter der Wohnstätten-Gesellschaft Behrendt, von der Trianon-Film-Gesellschaft deren Leiter, Direktor Otto Busch, Kaufmann David Schratter, Kaufmann Ignaz Schratter und Ingenieur Hans Otto. Die Anklage lautet auf Betrug und Untreue zum Schaden des Reiches, des Staates, der Stadt Berlin und öffentlichen Körperschaften bei Breitschneider und Benzel, bei Glas auf Betrügerei und Untreue und bei den übrigen Angeklagten auf Anstiftung zu den strafbaren Handlungen.

Kurz geschäftert war der Sachverhalt so, daß im Jahre 1921 die Wohnstätten-G. m. b. H. gegründet wurde, um der Wohnungsnot für Beamte und Arbeiter entgegenzuwirken. Der Gründer war Geheimrat Glas, Geschäftsführer waren zunächst Breitschneider und Benzel, zuletzt Breitschneider allein. Im Jahre 1924 gab die Wohnstätten-Gesellschaft flüssige Mittel, die für Bauzwecke bestimmt waren, an die Trianon-Film-Gesellschaft. Hierin sieht die Anklage Untreue, Betrug darin, daß weiterhin Gelder aus Reichsmitteln zu Wohnungszwecken angefordert wurden, die aber für die Trianon-Film-Gesellschaft bestimmt waren.

Von der Bau- zur Finanzgesellschaft.

Zunächst wurde Geh. Reg.-Rat Dr. Glas ausführlich vernommen. Er war mit gesetzgeberischen Maßnahmen im Arbeitsministerium betraut und erhielt die Leitung der Abteilung für Wohnungswesen. Auf seine Veranlassung wurde dann zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbauwesens für Beamte und Arbeiter im Reichsdienst die Wohnstätten-G. m. b. H. gegründet. Der Gründer war er selbst, Geschäftsführer wurde Direktor Bentfert von der Reichsbank und Regierungsrat Benzel. Glas selbst wurde Vorsitzender des Aufsichtsrats. Es wurden bis 1924 1200 Wohnungen gebaut und eine Reihe von Behörden trat als Gesellschafter bei. Im Oktober 1923 trat an Stelle von Bentfert Breitschneider als Geschäftsführer ein und Benzel zog sich allmählich zurück, blieb aber weiter Berater. Nachdem die Gesellschaft ein eigenes Bureau in der Luisenstraße bezogen hatte und der Umfang der Geschäfte zunahm, habe er, der Angeklagte nicht mehr die enge Führung mit den Geschäften gehabt und sei nur im Großen unterrichtet worden. Himmelfahrt 1924 habe er erfahren, daß ein Darlehen an Trianon gegeben sei. Ich sagte, man müsse sehen, daß Sicherheiten vorhanden seien. Es wurde auch im Juni der Vertrag abgeschlossen. Inzwischen war er auf Urlaub. Bei seiner Rückkehr im August sagte Breitschneider, daß Schwierigkeiten mit der Rückzahlung entstanden seien. Ich beschloß Ende August das Amt über und auf Grund meiner Prüfung der Sachlage habe ich generell zugestimmt, daß weiter Gelder gegeben wurden. Ich hatte auch die Filmverträge geprüft.

Vorfr.: Rufen Sie nicht im August schon Bedenken haben, da bereits 2 1/2 Millionen Mark hineingesteckt waren?
Angekl.: Ja, natürlich, zunächst wollte ich mich auch, aber die Herren stellten mir vor, daß, wenn die Filme nicht fertiggestellt würden, alles wertlos sei. Jedemfalls habe ich es damals für richtig gehalten, die Filme fertigzumachen. Ich bin auch heute der Überzeugung, daß, wenn dieser ganze „Anschuß“ nicht gekommen wäre — ich meine den Preßeschaubau —, alles anders gekommen wäre.
Vorfr.: Stellen Sie es nicht für unzulässig, Gelder für andere Zwecke als für Bauten hinzugeben? Angekl.: Nein, flüssige Gelder wurden auch von anderer Seite bei der Industrie angefordert. Vorfr.: Es wurden aber auch weiterhin enorme Beträge für Bauzwecke nachgefordert, die dadurch dem Reiche entzogen wurden.

R.-M. Dr. Sad.: Bei diesem Punkt können wir nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandeln.
Staatsanwaltschaftsrat Duden: Weshalb denn?
Angeklagter Glas: Weil es sich um politische Fragen handelt, deren Erörterung sich für die Öffentlichkeit nicht eignet.
Vorfr.: Wir werden diese Frage bis zum Schluß zurückstellen. Der Angeklagte erklärte dann noch: Bis zum Himmelfahrtstage wußte ich nicht, das flüssige Gelder dalagen. Die Gelder aus der Erwerbslosenfürsorge vom Jahre 1923 sollten nach einer Bestimmung des Reichsarbeitsministeriums nur für Bauten, die im Jahre 1923 begonnen waren, verwendet werden. An diese Bestimmung hat sich die Wohnstätten-Gesellschaft gehalten. Die Gelder konnten also für Bauten im Jahre 1924 nicht verwendet werden.

Beiführer Amtsgerichtsrat Friedberg: Wie erklären Sie sich, daß noch später für Fertigstellung von Bauten des Jahres 1923 Gelder angefordert wurden, obwohl zu jener Zeit flüssige Gelder an die Trianon gegeben waren?
Angekl.: Das weiß ich nicht, da war ich auf Urlaub.
Staatsanwaltschaftsrat Duden kam nochmals auf den auffälligen Punkt zu sprechen, daß so außerordentlich hohe Ueberweisungen aus dem Reichsarbeitsministerium an die Wohnstätten-Gesellschaft erfolgt seien, und zwar Ende 1923 eine Million und Anfang 1924 zwei Millionen. Er fragte Geheimrat Glas, ob er sich der ganzen wirtschaftlichen Situation bewußt gewesen sei und daß bei der herrschenden Geldknappheit diese enormen Ueberweisungen, die der Wirtschaft entzogen wurden, in einem Mißverhältnis standen.

Ausschluß der Öffentlichkeit.

Geheimrat Glas erklärte erneut, daß er sich aus innerpolitischen Gründen darüber nur in nichtöffentlicher Sitzung äußern könne. R.-M. Sad. stellte darauf den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit. Er wolle nur soviel zur Erläuterung öffentlich sagen, es sei am Schluß des Ruhrabwehrkampfes in einer vertraulichen Besprechung, an der sämtliche Ressorts teilgenommen hätten, über bestimmte finanzielle Maßnahmen beschlossen worden, auf die öffentlich nicht näher eingegangen werden könne. Die gesamte übrige Verteidigung schloß sich diesem Antrage an, da diese Fragen den Kernpunkt der Anklage bilden. Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht, die Öffentlichkeit teilweise wegen Gefährdung der Staatssicherheit auszuschließen. Der Saal wurde hierauf von den Nichtbeteiligten geräumt.

Völkerbund und Deutschland.

Genf, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Mitglieder des Völkerbundes haben bei der letzten Tagung die Frage des Eintritts Deutschlands vertraulich besprochen. Es bestand Einmütigkeit in der Auffassung, daß der letzten Ratserklärung vom März, die Deutschland zum Eintritt einludt, aber gleichzeitig auch jede Aenderung des Völkerbundesstatuts ablehnt, nichts hinzuzufügen sei. Die neutralen Ratsmitglieder haben diese Auffassung ausdrücklich gebilligt.

Weißenhof. Der ukrainische Führer Petljura ist in Genf verstorben, weil die polnische Regierung ihm ihre Unterstützung entzogen hat. Die rumänische Regierung, die ihm hunderttausend Dollar bezogen hatte, hat ihm noch nicht einen Cent gezahlt.

Rheinische Jahrtausendfeier in Berlin.

Vom 12. bis 14. Juni fanden in Berlin mehrere große rheinische Jahrtausendfeiern statt in Verbindung mit ost- und westpreussischen Abstinenzgedenkenfeiern. Außer der großen Festvorstellung im Staatstheater am Königsplatz fanden mehrere Konzerte und Heimattamperse statt. Die Veranstaltungen erreichten gestern vormittag ihren Höhepunkt mit einer großen Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude.

Obwohl das Wetter außerordentlich unbeständig war, füllten unübersehbare Massen den Königsplatz. Punkt 12 Uhr begann der Aufmarsch der rheinischen und ost- und westdeutschen Verbände, die sich vorher im Lustgarten versammelt und zu einem Festzug formiert hatten. Zahlreiche mitgeführte Schilder betündelten den politischen Willen der Teilnehmer. Jedes immer neue Massenspiel vor dem Reichstag Ausstellungen nahmen, betrat zahlreiche Ehrengäste, Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden die große Freitreppe. Ihnen folgte ein überwältigendes Bild, das durch zahlreiche Fahnen, unter ihnen auch viele schwarzrotgoldene, belebt wurde. Ueberhaupt muß betont werden, daß die ganze Veranstaltung durchaus keinen nationalstatischen, wohl aber ehrlich nationalen Charakter trug. Alle Landesmannschaften — die Württembergern waren in der Heimattamper der Schwarzwälder erschienen — wurden freudig begrüßt. Die Feier wurde durch einen Vortragschor des gemischten Chors des Ost- und Westpreußenbundes eröffnet. Als erster Redner sprach der frühere Oberbürgermeister der Stadt Köln Balltrass; seine wie auch alle anderen Reden wurden durch vier riesige Lautsprecher weit hin über den Platz getragen, so daß sie überall verständlich gewesen sind. Balltrass führte aus, daß wir im übrigen Deutschland ein volles Recht hätten, die rheinische Jahrtausendfeier festlich zu begehen, da das Schicksal der Rheinlande und ihre Geschichte mit Schicksal und Geschichte des übrigen Reiches stets innig verbunden gewesen wären. Immer und immer wieder hätten wir erfahren, daß nur Einheit zur Einheit führe, und nirgends wäre uns diese Lehre deutlicher als am Rhein erteilt worden. Die alte Forderung, der Rhein, Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze, ist heute aktueller denn je und ihre ungeheure Bedeutung wird uns gerade bei den politischen Verhältnissen der Gegenwart besonders klar vor Augen geführt. Dann sprach Max Borgigt, Minister, der Führer im ostpreussischen Abstinenzkampf. Er erinnerte daran, daß in

Das Aergernis.

Es ist eine schöne alte Sitte im Maurer- und Zimmererhandwerk, hoch oben auf den Gerüsten des Baues einen mit Fähnchen und Wimpeln bunt besteckten Richtkranz aufzuhängen, sobald die Grundmauern gesichert im Erdbreich stehen.

Zur linken Seite der Gedächtniskirche sind schon seit längerer Zeit Arbeiter trotz der Tropenhitze am Werk, um in harter Arbeit neue Werte zu schaffen. Es ist ein schier unerträgliches Handwerk, in dieser Hitze zwischen den Gerüsten zu klettern, die Mauersteine zu schwingen und die roten, schweren Bausteine heranzutragen. Jedoch es muß geschehen, denn die Familie verlangt nach Brot, und Geldern wäre der Hungertod.

Aber — die erste Etappe ist erreicht, die Mauern stehen, und lustig wieht sich der buntdawimpelte Kranz in den Lüften. Die Arbeiter haben ihn mit schwarzrotgoldenen Fähnchen dicht geschmückt. Torn Hatter, weithin sichtbar, eine staatliche Fahne der Republik, und unzählige Papierfahnen geben dem großen Bruder das Relief. Es ist wie ein Symbol. Das republikanische Banner steht neben der Hohenzollernkirche, die ein Satyrer immer so gern Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisschwäche nennt. Und die Falkenkreuzfahne des Café Wilhelm mit den spitzwinkligen Schuhen und der Bettelkassette als Kaiserlichkeitskennzeichen sehen schiefen Auges gen Himmel, und mit Schreid entfährt es dem Zahngehege: „Donnerwetter!“
Ja, es ist schlimm: Aber die Republik steht.

Wie du gehen sollst!

Heute Inkrafttreten der neuen Verkehrsordnung.
Die neue Verkehrsordnung über den Fußgängerverkehr, die schon viel von sich reden machte und die Gemüter erhitzt, tritt heute in Kraft. Wie wir dazu erfahren, sind die Polizeibeamten, die über ihre Aufgaben genaue Instruktionen erhalten haben, angewiesen, unter allen Umständen auf die Durchführung der Verordnung zu achten, doch sind sie ebenso selbstverständlich darauf hingewiesen worden, daß sie zunächst die Befolgung der Verordnung durch in höflicher Form gegebene entsprechende Belehrung und Aufklärung des Publikums zu erreichen suchen müssen. Von Bestrafung soll zunächst möglichst abgesehen werden, und im allgemeinen sollen die Bestrafungen zunächst auch nicht über den Betrag von 1 M. hinausgehen. Allerdings soll da, wo die Befolgung der neuen Verkehrsordnung aus Böswilligkeit verweigert und den Anordnungen der Polizeibeamten absichtlich zuwidergehandelt wird, eine sofortige höhere Bestrafung eintreten. Was das in der Verordnung angebrochene Höchstmaß der Geldstrafen anbelangt, das auf 150 M. festgelegt ist, so stellt dieses Strafmaß das Höchstmaß der polizeilichen Strafgewalt überhaupt dar. Wenn demnach also auch die Polizeibeamten die aus den Verhältnissen gebotene Rücksicht nehmen werden, so muß doch nochmals betont werden, daß die Neuregelung des Fußgängerverkehrs vom Montag ab unter allen Umständen durchgeführt wird.

Noch keine Spur des Lustmörders.

Fragen an das Publikum.
Zum Lustmord an der Schülerin Senia Eckert wird mitgeteilt, daß es bisher der Kriminalpolizei trotz unermüdbarer Nachforschungen noch nicht gelungen ist, eine Spur des Täters zu finden. Es haben sich bei der Nordkommission im Laufe des vergangenen Sonnabends verschiedene Personen gemeldet, doch konnte aus ihren Angaben kein Anhaltspunkt gewonnen werden. Es hat sich nun die Möglichkeit ergeben, daß das Kind nicht mit dem Zuge um 9.16 Uhr vom Bahnhof Gesundbrunnen abgefahren ist, sondern vielleicht erst einen späteren Zug benutzt hat. Die Jüge verkehren in einem halbtägigen Abstand um 9.16 Uhr, 9.46 Uhr und 10.16 Uhr. Wenn das Mädchen einen späteren Zug benutzt hat, so ist es erst um 10 Uhr resp. 10.30 Uhr auf dem Bahnhof in Karow eingetroffen. Der Fund der leeren Bondontüte ist insofern aufgeklärt, als das Kind von den Eltern Geld mitbekommen hatte, um sich etwas zu kaufen kaufen zu können. Wahrscheinlich hat die kleine Eckert ein Geschäft in der Nähe des Bahnhofes Gesundbrunnen aufgesucht. Es ließ sich bis jetzt aber noch nicht feststellen, welches Geschäft das gewesen ist. Im Laufe des heutigen Montags werden an den Anschlagläufen Tafeln erscheinen, in denen dem Publikum verschiedene Fragen, die für die Aufklärung der furchtbaren Mordtat von Wichtigkeit sind, vorgelegt werden. Wer hat ein kleines Mädchen mit einem schwarz-weiß karierten Kleidchen und einem Körbchen am Arm am vergangenen Montag in der Zeit zwischen 8 1/4 Uhr und 9 1/4 Uhr auf dem Wege zum Bahnhof Gesundbrunnen allein oder in Begleitung gesehen? Wer hat das Kind in einem der oben angegebenen Rüge gesehen? Wer ist ein solches Kind auf dem Bahnsteig in Karow in der Zeit zwischen 10 und 10 1/2 Uhr oder etwas später auf dem Wege durch die Rubensburgstraße begegnet?

wenigen Wochen fünf Jahre vergangen wären, seitdem die Ostpreußen für Deutschland optiert hätten. Obwohl schwere Zeiten hinter ihnen gelegen hätten, hätten sie den Gläubigen an eine glückliche Zukunft Deutschlands nicht verloren, auch nicht in jenen Zeiten, in denen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker wirklich nichts zu spüren gewesen sei. Seit hätten die Ostmärker zum Deutschen Reich, und sie wollten alles tun, um diesen politischen Willen stets Realität sein zu lassen. Gleiche Not ein Nord und Süd, Ost und West, aber auch gerade deshalb die gleiche Tat.

Nach einem Vortrag des Berliner rheinischen Gesangsvereins ergriff das Wort Reichsminister Dr. Frenken; er überbrachte die Grüße der Reichsregierung. Wohl wäre man sich bewußt, was die rheinische Heimat mit ihrem Schaffensgeist und Fleiß dem Reich an kulturellen und materiellen Gütern geschenkt habe, und je weiter die Zeit fortschreite, desto größer werde der Segen, der sich aus dem Westen über das Reich ergieße, desto inniger werden aber auch die Bande, die Ost und West miteinander verbinden. Das Rheinland hätte heute schwer zu leiden, aber schließlich müsse das Reich hier genau so liegen, wie es im Osten gestiegen hätte. Man empfinde in Deutschland mit der Not der Rheinländer mit, denn man weiß, daß rheinisches Schicksal deutsches Schicksal ist. Eine befriedigende Lösung der rheinischen Frage wäre das Ziel aller rechtlich denkenden Deutschen. Und schritt man auf dieses hohe Ziel mit Entschlossenheit und Opfermut zu, dann würde eines Tages Friede durch Recht verwirklicht sein.

Mit Begeisterung wurde ein Hoch auf Deutschland ausgebracht und die Nationalhymne gesungen. Schließlich wurde die Abendung eines Telegramms an den rheinische Provinzialtag in Düsseldorf beschloßen, das den Gedanken der Versammlung und ihren politischen Willen sowie die Absicht, im Kampf ums Recht nicht nachzulassen, zum Ausdruck bringt.

Rheinlandkundgebungen in den Kirchen.

Unabhängig der gestern in Berlin stattgefundenen imposanten Rheinlandkundgebung fanden in den Kirchen der verschiedenen Bekenntnisse Sonderveranstaltungen der einzelnen religiösen Bekenntnisse statt, in denen des deutschen Rheinlandes und seiner bedrängten Bevölkerung gedacht wurde. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Treuebekenntnis zum Rheinlande keine leere Phrase sein dürfe, sondern zur innersten Ueberzeugung eines jeden werden müsse.

Jede, auch die kleinste Wahrnehmung, kann für die Ermittlungen der Nordkommission von größter Bedeutung sein. Die Belohnung, die auf die Ergreifung des Mörders ausgelegt ist, beträgt 1500 Mark. Alle zweideutigen Nachrichten werden von der Nordkommission Werneburg-Albrecht im Zimmer 96a des Polizeipräsidiums entgegengenommen.

Ende der Wassernot?

Folgen des Westersturzes.
Die Berliner Wassernot ist vorläufig behoben. Seit Sonntag früh 8 Uhr ist es gelungen, dem Wassererzeugungsgebiet der Charlottenburger Werke wieder die vollen Wassermengen zuzuführen. Das ist in erster Linie auf die Regenfälle zurückzuführen. Sie haben nach einer fast fünfwöchigen Dürre zum Teil schon am Sonnabend, ganz allgemein aber am Sonntag das ganze Reich aus dem Zustand der Trockenheit herausgeführt. Im mittleren Norddeutschland waren am Sonntag andauernde starke Regenschauer zu verzeichnen. Besonders stärker waren die Regenfälle im Osten des Reichs. So sind in Schiefeln seit gestern vormittag starke Regengüsse niedergegangen, die vielfach in Bädern übergingen und den ganzen Tag hindurch anhielten. In Bayern herrschte am Sonntag vielfach Gewitterneigung. Im Gegensatz zu dem übrigen Reich waren hier jedoch allgemeine Niederschläge nicht zu verzeichnen. Auffällig ist der Temperaturwechsel, der sich vom Freitag zum Sonnabend ebenfalls im ganzen Reich vollzog. Bisher hatte das Gebiet des hohen Luftdrucks die Witterung in Mitteleuropa bestimmend beeinflusst. Es hat sich jetzt weit nach Westen auf den Atlantischen Ozean zurückgezogen und in Wechselwirkung mit dem ozeanischen Maximum nunmehr die kühle Nordwestströmung erzeugt, die von der Grenze der Polarregion stammt und auf dem Gebiete durch Skandinavien und das Ostseegebiet nunmehr ganz Mitteleuropa überflutet. An das innerrussische Tief schließen sich weiter östlich über dem westlichen Asien weitere Tiefdruckgebiete an, so daß für eine baldige Aenderung der Wetterlage einstweilen sehr wenig Aussicht besteht. Es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß der gegenwärtige Witterungstypus vielleicht sogar noch zwei bis drei Wochen dauert. Vorläufig läßt sich jedenfalls noch nicht absehen, wann es wieder zu warmem und heiterem Hochdruckwetter in Mitteleuropa kommen wird. Vor allem sind für die kommenden Tage noch weitere starke Regenfälle zu erwarten.

Die Direktion der Charlottenburger Wasser- und Industrie- und Kriegergesellschaft sendet uns folgende Zuschrift: „Unser Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes teilen wir zu den Ausführenden in Nr. 275 vom Sonnabend, den 13. Juni, unter der Ueberschrift „Die Berliner Wassernot“ folgendes mit: Es ist unrichtig, daß verantwortliche sachmännliche Stellen schon seit längerer Zeit auf die Notwendigkeit hingewiesen haben, die Betriebsanlagen unserer Werke zu erweitern. Im Gegenteil sind derartige Vorstellungen nicht erfolgt.“

Die Direktion der Charlottenburger Wasserwerte Kriegergesellschaft scheint also bisher nichts davon gewußt zu haben, daß nach der Ansicht von Fachleuten längst eine Erweiterung der Betriebsanlagen nötig war.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Abteilungsleiter!

Unabhängig der katastrophalen Zustände in der Wassererzeugung Berlins gibt der Bezirksvorstand für die davon betroffenen Ortsteile ein Flugblatt heraus, in welchem die wahren Ursachen dieses Notstandes ausgelegt werden.
Die in Frage kommenden Parteiabteilungen müssen diese Flugblätter am Dienstag, den 16. Juni, in der Zeit von 4 bis 6 Uhr nachmittags und Mittwoch, den 17. Juni, von 9 bis 5 Uhr im Sekretariat, Lindenstraße 3, abholen und schnellstens zur Verteilung bringen. Keine Abteilung darf fehlen.
Für die am 20. Juni zu verbreitenden Spezial-Flugblätter leisten dem Sekretariat noch immer von einer Anzahl Abteilungen die Angaben über die Zahl der benötigten Exemplare. — Wo keine neuen Verbandsadressen mitgeteilt werden, erfolgt Zustellung an die alten Adressen.
Der Bezirksvorstand.

Achtung, Fraktionsvorstand der Stadtverordneten! Morgen, Dienstag, nachmittags pünktlich 5 Uhr, wichtige Sitzung im Zimmer 65 des Rathauses.

Kommunalbeamten-Werbeaufsicht. Mittwoch, den 17. Juni, 3 1/2 Uhr nachmittags, wichtige Sitzung, Klosterstr. 68 (1 Treppe, Sitzungssaal).

- 1. Kreis-Wahltag. Dienstag, den 16. Juni, 7 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes an bekannter Stelle.
- 2. Wahl. Die Funktionäre sind nicht heute abend, sondern erst am Mittwoch, den 17. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei Hübner, Wilmersdorf Str. 84, Hof.
- 3. Wahl. Die Wähler müssen noch heute abend unbedingt mit den Kassenzetteln erscheinen.
- 4. Wahl. Die Wähler. Am Mittwoch, den 17. Juni, findet bei Köhnen Wetter das erste Frauentreffen des 16. Bezirks in Neu-Berlinsdorf (gegenüber Brückgarten) statt. Treffpunkt: am Gemeinhaus nach 8 Uhr nachmittags 3 1/2 Uhr im Saal des Neu-Berlinsdorfs. Die Schirmherren und Schirmherreninnen kehren 2.40 Uhr vom Bahnhof Gesundbrunnen mit der Straßenbahn nach Altona.

